

EUCLID TSAKLOTOS/CHRISTOS LASKOS

## **WIE SICH DER KARREN AUS DEM DRECK ZIEHEN LÄSST<sup>1</sup>**

**KONTROVERSEN IN DER GRIECHISCHEN LINKEN**

Spätestens gegen Ende des Jahres 2012 zeigte sich immer deutlicher, dass die jüngste Krise des Kapitalismus es durchaus mit den Krisen der 1970er Jahre und der Zwischenkriegsperiode aufnehmen kann, obwohl es zuvor einige Anzeichen für eine günstigere Entwicklung gegeben hatte: Deutschlands klares Bekenntnis zum Erhalt des Euro, Draghis Ankündigung, die EZB werde zur Unterstützung von Spanien und Italien unbegrenzt Staatsanleihen ankaufen («uneingeschränkte Finanztransaktionen»), und die Beharrlichkeit, mit der viele Länder ihre Austeritätsprogramme und «Strukturreformen» durchsetzten. Das Zinsgefälle ging drastisch zurück, und es kam sogar zu einer positiveren Bewertung einer Reihe von Volkswirtschaften durch die Ratingagenturen.

Andererseits hatten die meisten Ökonomien im Euroraum mit neuen Rezessionen oder Phasen der Stagnation zu kämpfen, wobei die Rezession in der Peripherie auch zu einem Aderlass im Zentrum führte. Wesentliche fiskalpolitische Ziele wurden verfehlt, und auch bei der Massenarbeitslosigkeit schien kein Ende in Sicht. Jederzeit können verschiedene, zum Teil unkalkulierbare Einflüsse und Kräfte die überaus fragilen Fortschritte in Richtung Stabilisierung zunichte machen. Einer der zentralen Unsicherheitsfaktoren sind nicht zuletzt die Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens, da unklar ist, wie lange die Bevölkerung dort weiterhin bereit sein wird, sich den scheinbar nimmer enden wollenden Sparauflagen zu unterwerfen und die Aussicht auf weitere Jahre des wirtschaftlichen Stillstands zu akzeptieren.<sup>2</sup>

Die Eliten in der Eurozone schienen unwillig, einige der wesentlichen Herausforderungen anzugehen, die die Krise auf die Tagesordnung gesetzt hat: die Rolle des Finanzsystems, die akuten Ungleichheiten sozialer Natur sowie zwischen den Regionen sowie die Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzarchitektur. Zudem war diese Vogel-Strauß-Politik kein rein europäisches Phänomen. Selbst in Obamas Amerika trug der Prozess der wirtschaftlichen Erholung Züge, die an die schlimmsten Auswüchse der neoliberalen Ära erinnern. So schätzt Emmanuel Saez von der University of California, dass in der Erholungsphase von 2009 bis 2012 das reichste ein Prozent der Privathaushalte in den USA einen Einkommenszuwachs von über zehn Prozent verzeichnen konnte, während sich die verbleibenden 99 Prozent der Bevölkerung mit einer Einkommenssteigerung von 0,2 Prozent begnügen mussten. Bloomberg zufolge wuchs das Vermögen der 100 reichsten US-AmerikanerInnen im Jahr 2012 um 241 Milliarden Euro. *Plus ça change, plus c'est la même chose.*

Die Entwicklungen nach 2008 unterstreichen die Bedeutung einer unserer zentralen Thesen, nämlich dass die gegenwärtige «kapitalistische Krise» unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, dass sie bislang keinen wirklichen Politikwechsel hervorgebracht hat. So sucht Angela Merkel Zuflucht in ihrer konservativen Vision von einem strikten Fiskalpakt der EU-Länder mit verbindlichen Absprachen zur Haushaltspolitik, während das Damoklesschwert der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit weiterhin permanent über jedem Mitgliedsland hängt. Dass man im Jahr 2013 – in einer Phase der Stagnation und des Auseinanderdriftens der Regionen – zum ersten Mal in der Geschichte der EU eine Reduzierung ihres eher bescheidenen Finanzrahmens beschlossen hat, ist nur ein weiterer Beleg für dieses Phänomen. Dass es die aufeinanderfolgenden Sparregierungen in Griechenland bislang vermocht haben, allem Widerstand gegen die Austeritätsmaßnahmen standzuhalten, ist ein anderes Beispiel.

Vielleicht muss man an dieser Stelle gegenüber einer unserer anderen Thesen einen gewissen Vorbehalt anmelden – nämlich der Behauptung, dass Griechenland keine Ausnahme darstellt. Das Außergewöhnlich im griechischen Fall – und dies steht im Widerspruch zu dem, was wir andernorts als das «dominante Narrativ» bezeichnet haben – ist die Fähigkeit der herrschenden Klasse, während sämtlicher Phasen der kapitalistischen Entwicklung ihre Privilegien zu verteidigen. Als Griechenland 1974 Teil der Europäischen

---

<sup>1</sup> Bei dem folgenden Text handelt es sich um ein Kapitel aus dem Buch «Crucible of Resistance. Greece, the Eurozone and the World Economy», 2013 erschienen bei Pluto Press.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu z. B. Martin Wolf: Why the euro crisis is far from being over, in: Financial Times, 19.2.2013; Paul De Grauwe/Yuemi Ji: Panic-driven austerity in the Eurozone and its implications, in: The Vox Blog, 21.2.2013.

Gemeinschaft wurde, war die Gesellschaft eine der ärmsten und ungleichsten in Europa. Und allen ihren Regierungen, die sich einer Modernisierung verpflichtet sahen, ist es seitdem gelungen, diese «Differenzierung» aufrechtzuerhalten. Bekanntlich haben soziale Ungleichheit und Armut in Griechenland im Zuge der aktuellen Strukturanpassungsprogramme einen neuen Höchststand erreicht.

Als ein wichtiger Eckstein dieser «Errungenschaften» hat sich – und auch das steht im Widerspruch zur dominanten Erzählung – das bemerkenswerte Kunststück der Herrschenden erwiesen, die populären und demokratischen Elemente und Strömungen in der griechischen Gesellschaft zu marginalisieren. Die Reaktionen auf die gegenwärtige Krise haben diesen schon lange bestehenden Trend nur noch verstärkt. So bestand die Absicht der Regierung von Antonis Samaras nach den Wahlen im Sommer 2012 in einer Fusion von neoliberalen und ultrarechten Politikansätzen. Die Letzteren umfassen einen nationalistischen und gegen Immigranten gerichteten Kurs sowie traditionelle Bastionen der griechischen Rechtsextremen: Recht und Ordnung, Familie und Kirche. Die Orientierung auf Law and Order stieß auf allgemeine Zustimmung. Selbst bei denjenigen, die sich der dominanten Erzählung zufolge dem sozialliberalen Lager zurechnen, war kaum ein Hauch von Widerspruch zu vernehmen. Darüber hinaus hat dieser Rechtsruck dazu gedient, die gegen Migranten gerichtete Law-and-Order-Politik zu rechtfertigen – zur Isolierung der Neofaschisten von der Goldenen Morgenröte hat diese Strategie so gut wie gar nichts beigetragen. Innerhalb der Nea Dimokratia fehlt es an einer Tradition, soziale Fragen aufzugreifen und damit ihre traditionellen WählerInnen anzusprechen.

Das macht die Regierung politisch verwundbar. Erschwerend kommt hinzu, dass sich ihre zentristischen Verbündeten, die PASOK und die Dimokratiki Aristera (Demokratische Linke), wohl in einer noch schlimmeren Verfassung befinden und völlig unfähig sind, ihre traditionelle Wählerbasis zu mobilisieren. Der Zusammenbruch der PASOK ist wohl das bedeutsamste Phänomen in diesem Zusammenhang. Man muss ihn allerdings als Teil eines allgemeinen Trends innerhalb des politischen Mitte-Links-Spektrums betrachten, wie der Fall François Hollande und sein Verlust an Unterstützung nach seiner Wahl zum französischen Präsidenten zeigen oder die Tatsache, dass der Rückgang der Zustimmung für die konservative Partido Popular in Spanien sich nicht mehr länger automatisch in einer entsprechenden Stimmensteigerung für Mitte-Links niederschlägt. Wie wir bereits ausgeführt haben, ist diese Krise der politischen Mitte eine Krise der sozialen Repräsentation. Es fällt schwer, sich vorzustellen, wie diese Entwicklung umgekehrt werden kann. Hierzu würde gehören, dass die zentristischen Parteien sich ganz neu der Themen Löhne, Altersrenten oder dem Wohlfahrtsstaat insgesamt annehmen müssten.

Somit kehren wir zu einer weiteren von uns vertretenen These zurück, nämlich der, dass es kein «Zurück» gibt. Die Austeritätsregierungen in Griechenland haben eine Reihe von Veränderungen vorangetrieben, die weit über das normale neoliberale Arrangement hinausgehen. Es gibt keinerlei Indiz dafür, dass die europäischen Eliten damit irgendein Problem hätten: weder damit, wie Europas angeblich besonderes Sozial- und Wirtschaftsmodell im Zuge dessen Schaden nimmt, noch mit dem Ausmaß an Autoritarismus, das vonnöten war, um diese radikalen Reformen durchzupeitschen. Stattdessen ist Griechenland eher als Präzedenzfall behandelt worden, um auszutesten, wie weit man gehen kann, um eine für die gesamte Eurozone gewünschte Richtung durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund scheint ein möglicher Ausweg aus der Krise darin zu bestehen, eine weit autoritärere Version des Neoliberalismus als bisher zu installieren. Aber die Krise hat ebenfalls neues Interesse daran geweckt, den Karren auf eine andere Weise aus dem Dreck zu ziehen.

In einer Situation, in der autoritäre Politik im Aufwind begriffen ist und zentristische Ansätze immer mehr an Bedeutung verlieren, wächst das Interesse an progressiven Alternativen. Griechenland ist nicht nur zur Nagelprobe für den Widerstand und Neuaufstieg der Linken geworden – hier lässt sich auch eine breitgefächerte Debatte darüber verfolgen, wie von linker Seite am besten auf die Krise in Griechenland und der gesamten Eurozone zu reagieren ist. Diese Debatte berührt fast alle Aspekte dessen, was eine sozialistische Strategie ausmacht: von der Frage, inwieweit es einzelstaatliche Wege hin zum Sozialismus geben kann, bis hin zu linken Wirtschaftsalternativen; von den Gründen für die Hegemonie der kapitalistischen Ideologie bis hin zu Klassenstrategien, mit denen die Kräfte- und Machtverhältnisse verschoben werden können. Daher ist diese Debatte nicht nur interessant für andere Linke, sondern auch für all diejenigen, die nach Ansätzen für eine Alternative zum vorherrschenden Neoliberalismus suchen.

## **DIE HALTUNG DER GRIECHISCHEN LINKEN ZUM EURO**

Ein Teil der griechischen Linken hat sich darauf geeinigt, dass es für Griechenland am besten wäre, die Zahlungsunfähigkeit zu erklären und den Euroraum zu verlassen. Zugleich plädiert sie für eine Umstrukturierung der Wirtschaft durch eine Währungsabwertung, für eine Verstaatlichung der Banken und eine Reprivatisierung von öffentlichen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen, für eine aktive Industriepolitik etc. Unterstützung findet dieser Ansatz in Intellektuellenkreisen insbesondere bei

griechischen AkademikerInnen, die im Ausland arbeiten. Auf der politischen Ebene ist es vor allem die außerparlamentarische Linke, insbesondere das Bündnis ANTARSYA, die diese Haltung vertritt. Auch in Teilen von SYRIZA gibt es eine Minderheitenposition, die sich für eine Exit-Option stark macht.<sup>3</sup> Die Exit-Strategie beruht auf zwei Elementen. Zunächst einmal stützt sie sich auf die Dekonstruktion des Arguments, dass die EU ein besonders geeignetes Terrain für linke Politik sei. Zweitens muss sie überzeugend nachweisen, dass dagegen die Erklärung des Staatsbankrotts und der Euro-Exit den unumgänglichen Ausgangspunkt bilden für die Durchsetzungsfähigkeit von linken Strategien. Anscheinend geht man davon aus, dass die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit eine derartige innere Dynamik auslösen wird, dass eine unabhängige Geldpolitik, Kapitalkontrollen, Verstaatlichungen und die Einführung einer Industriepolitik zwangsläufig folgen müssten, um das Überleben der Nation sicherzustellen. Linke Politik, so die Annahme, könne über diese «monetäre Strategie» wieder den Weg zum Sozialismus finden.<sup>4</sup>

Dementsprechend wird in dem 2010 veröffentlichten Bericht der Research in Money and Finance Group – einer Forschungsgruppe, die an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London angesiedelt ist – die Einschätzung vertreten, dass die «gute Euro-Option» (damit gemeint ist die Ausgabe von Eurobonds, die Aufstockung des EU-Budgets, um umfassendere Finanztransfers zwischen den Staaten zu ermöglichen, oder die Transformation der EZB in einen «Kreditgeber der letzten Instanz») politisch nicht durchsetzungsfähig sei.<sup>5</sup> Die Europa-AnhängerInnen, sowohl die «widerstrebenden» als auch die «revolutionären», so Lapavitsas, seien viel zu optimistisch, was die Möglichkeiten angeht, auf der supranationalen Ebene etwas zu erreichen. Es gäbe keinen Grund, warum «die einflussreichen Mächte» zulassen sollten, dass ihnen durch Umschuldungen in der EU größere Verluste entstehen.<sup>6</sup> Es sei auch wenig überraschend, dass das «Eurozonen-Establishment» den Vorschlägen, direkt über die EZB Staatsschulden zu finanzieren, eine eindeutige Absage erteilt hat.<sup>7</sup> Zudem sei eher unwahrscheinlich, dass es auf der europäischen Ebene zu einer koordinierten Reaktion auf die makroökonomischen Ungleichgewichte kommen wird. Schließlich

«gibt es keine kapitalistische Klasse, die systematisch darauf hinarbeiten würde, die Löhne ihrer eigenen ArbeiterInnen zu erhöhen, da sie ansonsten die Konkurrenz nicht überleben würde. Sollte die Lohnzurückhaltung in Deutschland aufgebrochen werden, würde die Währungsunion einen Großteil ihrer Attraktivität für die deutsche herrschende Klasse einbüßen. Es käme vielmehr die Frage auf, ob Deutschland selbst weiterhin dem Euroraum angehören soll.»<sup>8</sup>

Es ist schwer zu sagen, was von dieser Art der Argumentation zu halten ist. Denn niemand innerhalb der griechischen Linken hat jemals ernsthaft behauptet, dass die «Führungsmächte» und das «Eurozonen-Establishment» freiwillig eine Zahlungsverweigerung oder größere Umschuldungen akzeptieren werden, noch dass es irgendwie im Interesse des deutschen Kapitals sein könnte, die Löhne seiner ArbeiterInnen zu erhöhen. Die Linke in Griechenland begreift sehr wohl, dass dem deutschen Kapital vor allem am Erhalt des Euro als einer harten und verlässlichen Währung gelegen ist, als eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen für eine weitere Kapitalakkumulation.<sup>9</sup> Auch diejenigen in der Linken, die der europäischen Ebene mehr Gewicht zumessen und dort eine radikale Politik verfolgen wollen, sind sich durchaus bewusst, dass man um eine grundlegende Verschiebung der Klassenverhältnisse nicht herumkommt. Das trifft auf jeden Fall auf die Mehrheitsfraktion von SYRIZA zu, die sich gegen die Exit-Option ausgesprochen hat.

Die Gründe für diese Ablehnung waren sowohl taktischer als auch strategischer Natur. Griechenland hat alles Interesse daran, das Schuldenproblem zu internationalisieren. Die Regierungen der Austeritätsperiode jedoch versuchten die WählerInnen davon zu überzeugen, dass man sich zu entscheiden habe: Entweder man akzeptiert die Forderungen unserer Gläubiger (und hofft zugleich, über Verhandlungen einige der schlimmsten «Exzesse» der Strukturanpassungsprogramme abwenden zu können) und verbleibt in der

---

<sup>3</sup> Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat sich wie immer vornehm aus dieser Debatte herausgehalten. Einerseits erscheint es aufgrund ihrer traditionellen Anti-Europa-Haltung naheliegend, dass sie mit der Strategie sympathisiert, die Zahlungsunfähigkeit zu erklären und den Euroraum zu verlassen. Andererseits resultiert aus ihrer Klassenpolitik eine gewisse Skepsis, die Eurofrage und damit die nationale Frage über die Klassenfrage zu stellen. Vgl. Kouvelakis, Stathis (2011): *The Greek Cauldron*, in: *New Left Review*, Nr. 72, S. 17–32.

<sup>4</sup> Im Englischen lautet die Formulierung «monetary road to socialism». Sie stammt von Yiannis Milios (Anm. d. Übers.)

<sup>5</sup> Vgl. Lapavitsas, Costas u.a. (2010): *Eurozone Crisis: Beggar Thyself and Thy Neighbor*. Research on Money and Finance, Occasional Report, o.O.

<sup>6</sup> Lapavitsas, Costas (2012): *Financialization in Crisis*, New York, S. 292.

<sup>7</sup> Ebd., S. 293.

<sup>8</sup> Ebd., S. 294 f.

<sup>9</sup> Wir sind allerdings weniger überzeugt von dem Argument, das sich Costas Lapavitsas anscheinend zu Eigen macht, dass Deutschland den Euro aufgrund seiner Bedeutung als eine Art Weltwährung nicht aufgeben wird. Vor der Einführung des Euro hat sich Deutschland immer skeptisch hinsichtlich der Entwicklung der D-Mark hin zu einer Reservewährung gezeigt. Diese Skepsis besteht weiterhin auch in Bezug auf den Euro.

Eurozone oder man optiert für den «Grexit» und nimmt die extrem hohen sozialen Kosten in Kauf, die mit einem ungeordneten Zahlungsausfall zwangsläufig verbunden wären. Die BefürworterInnen eines Euro-Exit akzeptieren ohne Not diese Grundannahmen, anstatt sie infrage zu stellen und deutlich zu machen, dass hinter dieser Schuldenkrise ein Problem steckt, das weitaus grundsätzlicher und systemischer ist. Es ginge darum, klarzustellen, dass dieses Problem die gesamte Eurozone betrifft und daher auch am besten auf der supranationalen Ebene zu lösen ist. Solch eine Position spricht insbesondere die Arbeiterbewegungen in den südlichen Ländern an, mit ihr könnten jedoch auch die entsprechenden Kräfte im Norden mobilisiert werden.

Das Parteiprogramm, mit dem SYRIZA in die beiden Wahlen im Jahr 2012 zog, griff diese Überlegungen – nach einer durchaus konfliktreichen internen Debatte – auf.<sup>10</sup> Der Abschnitt zu wirtschaftlichen Fragen betont die Notwendigkeit, die Austeritätspolitik und den Schuldendienst hinter sich zu lassen, die produktive Grundlage der Wirtschaft wieder aufzubauen und den Staat grundlegend zu reformieren.

Die BefürworterInnen von Kürzungen und Sparmaßnahmen inner- und außerhalb Griechenlands betonen demgegenüber, dass die bereitgestellten Kredite ganz eng an die Vorgaben der Gläubiger gebunden seien. Politisch betrachtet ist dies sicherlich zutreffend. Nimmt man jedoch eine eher analytische Perspektive ein, so wird deutlich, dass die Behauptung von der integralen Natur dieser Verbindung auf zwei Annahmen beruht: erstens, dass Griechenland kaum über Verhandlungsmacht verfügt und daher auch nicht die Grundbedingungen der Anpassungsprogramme verändern kann, und zweitens: dass es keinerlei glaubhafte Strategie gibt, wie die griechische Wirtschaft auf andere Weise stabilisiert werden kann. Im Herbst 2012 schienen beide Annahmen durch verschiedene Ereignisse erschüttert worden zu sein.

SYRIZA hat von anfang an die Position vertreten, dass es ein starkes Interesse daran gibt, Griechenland im Euroraum zu halten, da ein «Grexit» sofort die Angst vor weiteren Abgängen schüren würde. Der Rückzug eines Landes und seiner Volkswirtschaft aus dem Euroraum – so die Argumentation zahlreicher Ökonomen und Wirtschaftsanalysten – würde ganz eindeutig gegen die Verpflichtung jeder Währungsunion verstoßen, keine Abwertung vorzunehmen. Sollte sich ein Land trotzdem für die Strategie der Währungsabwertung entscheiden (durch einen Austritt aus dem Euroraum) und damit erfolgreich sein, würde sich die Währungsunion damit praktisch in ein festes Wechselkurssystem verwandeln. Alle Erfahrungen aus der Wirtschaftsgeschichte zeigen, dass solche Systeme in Abschwungphasen extrem anfällig sind. Selbst Deutschland hatte im Sommer 2012 erkannt, dass die systemische Verwundbarkeit des Euro den «Grexit» zu einem riskanten und unbezahlbaren Unterfangen machen würde.

Zugleich zeigte sich, dass der IWF und andere wichtige Akteure die Anzahl der Multiplikatoren in einer Rezession ernsthaft unterschätzt hatten. Dies unterminierte die zweite Grundannahme. Eine Studie kam zu der Schlussfolgerung, dass – wenn die Ökonomien im Süden nur die Hälfte der ihnen auferlegten Austeritätsmaßnahmen tatsächlich umgesetzt hätten – im Jahr 2012 in Griechenland 300.000 Personen mehr beschäftigt gewesen wären und es nur zu einem sechsprozentigen und nicht zu einem 20-prozentigen Rückgang der Einkommen gekommen wäre – und dies zum Preis eines lediglich um 1,2 Prozent höheren Haushaltsdefizits.<sup>11</sup> Das bestärkt den weitverbreiteten Eindruck, dass ein Großteil des Leidens im Süden unnötig ist. Zugleich wurde damit das Argument entwertet, dass es nur einen möglichen Weg gibt, der zur ökonomischen Stabilisierung führt.

Damit war auch die Glaubwürdigkeit von SYRIZA und ihres Vorhabens gewachsen, im Juli 2013 eine internationale Konferenz abzuhalten, um dort zu gerechteren und ökonomisch effektiveren Lösungsvorschlägen für das Problem der griechischen Verschuldung zu kommen. Was zusätzlich die Stellung von SYRIZA stärkte, war, dass man sich explizit auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953 und den dort getätigten Deal mit Deutschland bezog. Deutschland hatte damals in den Verhandlungen weitreichende Zugeständnisse für sich herauschlagen können, darunter Umschuldungsmaßnahmen, verstärkte Investitionen in die deutsche Wirtschaft über den Marshall-Plan und die Vereinbarung, die ausstehenden Schulden entsprechend seines Wirtschaftswachstums und der Exportleistungen abzahlen zu dürfen. Die Differenz zu den heutigen Auflagen der Gläubiger an Griechenland könnte kaum krasser ausfallen. SYRIZA kann sich hier die weitverbreitete Einstellung zunutze machen: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.<sup>12</sup> Es gibt einen weiteren Punkt, der für ihre politische Strategie spricht: Da die Partei die strukturellen Probleme der Eurozone thematisiert und angehen will, kann sie für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Vorschläge nicht nur gut für Griechenland, sondern zum Vorteil des gesamten Euroraums sind.

---

10 Eine englische Version des Parteiprogramms ist abrufbar unter: <http://www.syn.gr/gr/keimeno.php?id=27332>.

11 Vgl. Economic Outlook, in: Oxford Economics, Bd. 37, Nr. 1.

12 Der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschi hat in *The Economist* vom 15.7.2012 («Germany, Greece and the Marshall Plan»), gezeigt, dass dieser Vergleich zulässig ist und dass Deutschland damals weitaus stärker von dem Londoner Abkommen als vom Marshall-Plan profitiert hat.

SYRIZA entwickelte ferner Pläne zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und für den Umbau des griechischen Staates, die – sollte es zu ihrer Umsetzung kommen – nicht nur ein Ende des Neoliberalismus bedeuten würden, sondern auch eine umfassende gesellschaftliche Transformation hin zu einer anderen Form des Wirtschaftens und des Staatswesens. Während die makroökonomischen Positionen offenkundig von keynesianisch argumentierenden Kritikern der Entwicklungen in der Eurozone, wie z. B. Paul Krugman, beeinflusst sind, gibt es bei den mikroökonomischen Fragen eine größere Nähe zu Leuten wie Ha-Joon Chang.<sup>13</sup> Dieser tritt für eine «Rehabilitierung» staatlicher Interventionen in die Wirtschaft ein (eine aktive Industriepolitik, staatliche Investitionsbanken, Direktkredite und so weiter). Aber es gibt auch einen wesentlichen Unterschied. Chang, ähnlich wie zuvor Keynes, geht es darum, den Kapitalismus vor sich selbst zu schützen.<sup>14</sup>

Zwischen dieser und der Position von SYRIZA jedoch liegen Welten. SYRIZA geht es nämlich darum, die vorherrschende neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundlegend zu transzendieren. Das bedeutet, dass große Teile der Bevölkerung mobilisiert werden müssen, um sich des massiven Widerstands erwehren zu können, der zweifelsohne als Reaktion auf ein solches Unterfangen vonseiten der herrschenden Klassen folgen würde. Aus diesem Grund ist für SYRIZA klar, dass sich die Linke nicht einfach auf «Keynes + mehr Staatsinterventionen» ausruhen kann. Vielmehr muss sich die Linke auf die Erfahrungen derjenigen sozialen Bewegungen beziehen und stützen, die zum Teil schon vor der Krise den Neoliberalismus bekämpft haben. Zugleich muss sie deutlich machen, dass ihre Strategie nicht darauf baut, das vergangene System, das zu großen Teilen etatistisch und autoritär ausgerichtet war, wiederherzustellen, aufgehübscht durch das Versprechen, dass der Staat von nun an auch vermehrt in die Wirtschaft eingreifen werde.

Das Phänomen der Platzbesetzungen, mit dem wir uns an anderer Stelle beschäftigt haben, hat nicht zuletzt die Frage der Demokratie und der Wiederkehr des Demos (Staatsvolkes) ganz oben auf die Agenda gesetzt. SYRIZA ist sich bewusst, dass der Erfolg ihrer Strategie maßgeblich davon abhängen wird, inwieweit es ihr gelingt, das Verlangen nach mehr Partizipation und Mitbestimmung aufzugreifen und in praktische Politik umzusetzen, sei es beim Umbau der Wirtschaft oder bei der Transformation des Staates. Daher gehen die Auseinandersetzungen innerhalb der griechischen Linken weit über für viele eher technisch klingende Fragen hinaus – wie etwa die, welches Wechselkurssystem für eine linke Alternative angemessen wäre. Die behandelten Themen berühren einige der zentralen Fragen und Kontroversen, die die Linke seit ihrer Entstehung an- und umtreiben. Drei von ihnen bedürfen einer größeren Aufmerksamkeit.

## DIE NATION UND DER DEMOS

«Die Europäische Währungsunion hat eine Spaltung zwischen dem Kern und der Peripherie herbeigeführt. Die Beziehungen zwischen den beiden sind von Hierarchien und Diskriminierungen geprägt. In den 2000er Jahren haben die Peripherieländer an Wettbewerbsfähigkeit verloren und damit Bilanzdefizite gegenüber den Kernländern und erhebliche Schulden gegenüber den Finanzinstitutionen der Kernländer angehäuft. Das Ergebnis ist, dass Deutschland nun über eine wirtschaftliche Vormachtstellung in der Eurozone verfügt.»<sup>15</sup>

In der einen oder anderen Form sind die meisten Exit-BefürworterInnen einem analytischen Ansatz verhaftet, der das Verhältnis Zentrum – Peripherie in den Vordergrund stellt. Im politischen Alltagsgeschäft ist es manchmal kaum zu vermeiden, dass es zu einer Personifizierung des politischen Gegners kommt – ob man ihn nun Merkel oder Deutschland nennt. Und es trifft zu: Die Troika ähnelt in vielerlei Hinsicht tatsächlich einer modernen Besatzungsmacht. Aber hier haben wir es mit mehr als nur populistischem Gerede zu tun. Wie der oben zitierte Textausschnitt nahelegt, sind viele im Exit-Lager davon überzeugt, dass der größte strukturelle Widerspruch zwischen dem Norden und dem Süden besteht. Es ist eine Sache, die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone in Bezug auf ihre Wirtschafts- und Finanzstruktur zu analysieren und hervorzuheben. Aber es ist etwas vollkommen anderes, die Eurozone vorrangig als einen Raum zu betrachten, in dem die wirtschaftlichen «Dampfwalzen» des Zentrums die Länder an der Peripherie platt machen und ausbeuten.

Solch ein Ansatz ignoriert einen wesentlichen Bestandteil der Marx'schen Analyse, wonach der Klassenkampf die entscheidende Triebkraft der historischen Entwicklung ist. Er ersetzt sie durch ein theoretisches Konzept, wonach die treibende historische Kraft die Widersprüche und ausbeuterischen Beziehungen zwischen verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftsformationen sind. Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus und seine Krisen lassen sich allerdings nicht vornehmlich aus den

<sup>13</sup> Chang, Ha-Joon (2002): *Kicking Away the Ladder*, London/New York.

<sup>14</sup> Vgl. Chang, Ha-Joon (2011): *23 Things They Don't Tell You about Capitalism*, London/New York.

<sup>15</sup> Lapavistas, Costas u.a. (2010): *Beggar Thyself and Thy Neighbor*. Research on Money and Finance, Occasional Report, o.O., S. 5 ff.

«Bedürfnissen» oder «Strategien» der mächtigen Staaten ableiten, sondern werden vom Klassenkampf bestimmt, der sich auch innerhalb der herrschenden globalen politischen und ökonomischen Ordnung, gekennzeichnet durch vielfältige Verbindungen zwischen den verschiedenen Nationalstaaten, kristallisiert. Aufgrund ihrer Interartikulation umfasst diese Ordnung das, was man als eine *globale imperialistische Kette*<sup>16</sup> beschreiben könnte. Die imperialistische Kette stellt einerseits den Austragungsort verschiedener (oftmals widersprüchlicher) nationaler Strategien und Ansprüche dar, die offenkundig ungleich in ihrer Durchsetzungskraft sind. Aber zugleich ist den ungleichen Gliedern dieser imperialistischen Kette ein strategisches Interesse gemeinsam: *die Reproduktion des kapitalistischen Machtsystems*. Jeder Staat trägt, während er seine spezifischen Anliegen in der internationalen Arena vertritt, zugleich zur Reproduktion des Kapitalismus auf der globalen Ebene bei.

Die EU umfasst die Integration der *kapitalistisch entwickelten* europäischen Länder. Sie ist eine strategische Koalition der herrschenden Klassen, die darauf aus sind, ihre Position gegenüber den USA und anderen kapitalistischen Formationen zu stärken, aber in erster Linie gegenüber ihren Arbeiterklassen. Die wesentliche Voraussetzung für die ungehinderte Kapitalakkumulation sind günstige Bedingungen für die Inwertsetzung des Kapitals, wozu der kapitalistische Wettbewerb zählt. Internationaler Wettbewerb ist für die Organisierung der bürgerlichen Macht eine geniale Strategie, weil dieser zur anhaltenden Reorganisierung der Arbeit antreibt und für die Eliminierung von wettbewerbsuntauglichen Einzelkapitalen sorgt, wovon am Ende das Gesamtkapital profitiert.

Um die Richtigkeit ihrer Position zu untermauern, weisen die politischen Befürworter der Exit-Strategie immer wieder gern darauf hin, dass es sich bei der EU um eine mächtige und autoritäre Einrichtung handelt, die kapitalistische Interessen begünstigt, was zweifelsfrei zutrifft. Worum es in der Debatte aber wirklich geht, ist doch die Frage, ob diese Einrichtung in erster Linie dazu dient, die Interessen der Ökonomien im Norden zu bedienen. Die durch die Einführung des Binnenmarkts und der Währungsunion verstärkte internationale Konkurrenz hat ja zu umfangreichen Restrukturierungen (in der Produktion, auf den Arbeitsmärkten etc.) geführt, von der das Kapital in *allen* Mitgliedsstaaten profitiert. Auch in den weniger wettbewerbsfähigen Ländern war die europäische Integration für höhere Profitraten, relativ gute Wachstumsraten und einen Anstieg der durchschnittlichen Produktivität verantwortlich. Und zumindest bis zum Jahr 2008 war die EU auch recht erfolgreich darin, die lange Zeit enorme Lücke zwischen dem Norden und dem Süden in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (je Einwohner) ein Stück weit zu schließen.

Wir haben an anderer Stelle gezeigt, im welchem Umfang das griechische Kapital von diesem Prozess profitieren konnte. Aber das griechische Kapital setzt sich nicht nur aus ein paar großen Banken und Firmen zusammen, wie es uns manche unverbesserlichen VertreterInnen der Staatsmonopolismus-Theorie weismachen wollen. Auf der Grundlage gemeinsamer materieller Interessen, seiner ideologischen Hegemonialstellung und seinen vielfältigen gesellschaftlichen Bündnissen hat es sich vor 2008 zu einem historischen Block formieren können. Als die Krise ausbrach, akzeptierten

«die oberen sozialen Schichten, genauso wie ein Großteil der Mittelschicht, die Verschlimmerung der Einkommensungleichheiten, den Abbau sozialer Dienstleistungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und das Umsichgreifen von Armut. Obwohl fast die gesamte Bevölkerung von den Auswirkungen der Krise und den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung betroffen ist, wurden die oben genannten und von der Politik zu verantwortenden Verwerfungen von der Mehrheit der Privilegierten euphorisch begrüßt. [...] Daher sind Aufrufe zur nationalen Einheit unter diesen Bedingungen verfehlt und zeigen, dass man sich nur unzureichend mit dem Kern des Problems befasst hat.»<sup>17</sup>

Das Denken in Kategorien von Zentrum und Peripherie führt andererseits dazu, dass der griechische Kapitalismus als relativ schwach angesehen wird. Fast erscheint es als natürlich, dass sich die Menschen gemeinsam gegen das Großkapital verbünden, was mit einer erheblichen Simplifizierung des Problems der Volks- und Staatsmacht einhergeht. Dabei ist doch die zentrale Frage die, ob der entscheidende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Kapital und «Volk» verläuft. Die Kürzungspolitik hat die Lage der ArbeiterInnen nachhaltig verschlechtert. Die «Gleichheit bezogen auf die Unsicherheit» (John Gray) hat zugenommen. So hat die Tatsache, dass sowohl die im Privatsektor als auch die im öffentlichen Dienst Beschäftigten unter der Austeritätspolitik zu leiden haben, ohne Zweifel dazu beigetragen, dass nun eine große Zahl von Menschen durch eine gemeinsame Erfahrung verbunden ist. Die besteht unter anderem in der Einsicht, dass individualistische Strategien nur noch begrenzt weiterhelfen. Ein nicht unerheblicher Teil der Mittelschichten ist im Laufe der Krise proletarisiert worden. Was wir beobachten, ist die Rückkehr der sozialen Frage und die Priorisierung von Themen wie Arbeitsplätze und Lohnentwicklung. Die Forderung nach einer radikalen Umverteilung von Einkommen und Vermögen ins Zentrum einer politischen Antwort auf

<sup>16</sup> Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris P. (2009): Rethinking Imperialism: A Study of Capitalist Rule, Houndsmill/New York, Kapitel 10.

<sup>17</sup> Rylmon, Petros (2011): There is No Quick Exit Strategy, in: Expositi, 30.12.2011.

die Krise zu stellen, ist deswegen nicht gleichbedeutend mit einer linken Strategie, die sich damit begnügt, «die Austeritätsmaßnahmen einfach abzulehnen», wie häufig der Vorwurf an SYRIZA lautet. Vielmehr müsste es darum gehen, von seinen potenziellen Mitstreitern beziehungsweise politischen Gegnern eine größere Klarheit bezüglich der Frage der Umverteilung zu verlangen, etwas, was bei den BefürworterInnen einer Exit-Strategie in der Regel zu kurz kommt.

Was wir brauchen, ist ein Diskurs, der Klasse betont und nicht die Unterschiede zwischen den «Völkern», und der über das Potenzial verfügt, die FacharbeiterInnen mit den prekär Beschäftigten und den Angestellten im Supermarkt zusammenzubringen. Das heißt nicht, dass Teile der Mittelschichten nicht auf der Seite der ArbeiterInnen stehen können. Aber das Nachsinnen über dieses Verhältnis verlangt es, die antimonopolistischen Denkschablonen abzustreifen, wie sie in einigen Teile der griechischen Linken lange Zeit dominant waren. Die Kategorie der Mittelschicht, die auch das Kleinbürgertum abdeckt,<sup>18</sup> umfasst eine Bandbreite an ganz unterschiedlichen Erfahrungen und sozialen Praxen. Die Linke muss beginnen, diese Unterschiede zu thematisieren und zu analysieren. Sie braucht außerdem einen glaubwürdigen und mehrheitsfähigen Ansatz, wie man Teile dieser Klassen einbeziehen kann; nicht auf der Grundlage ihrer traditionellen Arbeits- und Funktionsweisen, was im griechischen Fall in der Vergangenheit allzu häufig Steuerhinterziehung und die Ausbeutung von Migranten bedeutete, sondern auf der Grundlage von neuen Praxen und neuen Konsum- und Produktionsmustern.

Ein breites soziales Bündnis kann es sich im Rahmen einer neuen hegemonialen Politik bis zu einem bestimmten Grad auch leisten, an die patriotischen Gefühle innerhalb der griechischen Gesellschaft zu appellieren. Anders als in den meisten Ländern des Nordens verfügte die Rechte in Griechenland und in anderen Teilen Südeuropas nie über ein Monopol, wenn es darum ging, die patriotische Karte zu spielen. Der Widerstand während des Zweiten Weltkrieges wurde in Griechenland zu einem Großteil von der Linken getragen, und die Erfahrungen mit dem nationalen Befreiungskampf wirken in der Gesellschaft immer noch nach.<sup>19</sup> Aber ohne Klassenbewusstsein und ideologische Anker, so zeigt die Geschichte, können solche patriotischen Elemente ohne Weiteres von nationalistischen Kräften vereinnahmt werden.

Die Option der Zahlungseinstellung und des Euro-Exits ist auch bei vielen nationalistischen Strömungen auf Zustimmung gestoßen, deren antiimperialistische Rhetorik sich oftmals nur schwer von der eines Teils der Linken unterscheiden lässt.<sup>20</sup> Die nationalistischen Strömungen mobilisierten mit Parolen wie «Griechenland schuldet niemandem etwas, andere stehen in seiner Schuld» oder «Beendet die ausländische Besatzung». Beides sind Statements, die sehr großen Anklang finden in einem Land, das die Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg und dem, was danach kam, noch nicht vergessen hat. Aber diese Art des Denkens lässt natürlich keinerlei politische Unterscheidung zu zwischen «Volk» und «Nation».

Mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Exit-Strategie verfolgte SYRIZA somit alles andere als die Absicht, «den Volkszorn zu besänftigen und einzuhegen».<sup>21</sup> Vielmehr ist sie das Ergebnis einer Klassenanalyse der kapitalistischen Krise und einem historischen Verständnis der potenziellen Dynamiken und Gefahren einer nationalistischen Politik geschuldet.

## EINE DEBATTE ÜBER EUROPA

Wir haben an anderer Stelle ausgeführt, dass die politischen Modernisierer in Griechenland nie wirklich über eine Europastrategie verfügten. Vielmehr verfolgten sie eine nationale Strategie innerhalb Europas. Aber das trifft in gewisser Weise auch auf die griechische Linke zu. In der Periode nach 1974 war die Linke mit der Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft beschäftigt. Die Mehrheiten in PASOK und KKE waren davon überzeugt, dass man sich dieser Aufgabe am besten außerhalb der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) annimmt, während die Eurokommunisten innerhalb der KKE argumentierten, dass die Verfolgung einer *nationalen* Strategie innerhalb der EG erfolgversprechender sei. Was in diesem Konflikt, der in unterschiedlicher Form daraufhin immer mal wieder aufgebrochen ist, fehlte, war eine Position, die zumindest *teilweise* auf supranationale Lösungen setzte.

---

<sup>18</sup> Vgl. Milios, John/Economakis, George (2011): The Middle Classes, Class Places, and Class Positions. A Critical Approach to Nicos Poulantzas's Theory, in: Rethinking Marxism 23/2, S. 226–245.

<sup>19</sup> Obwohl die wichtigste Widerstandsorganisation, die EAM (Nationale Befreiungsfront), vor allem für die Sprengung von Brücken und andere gegen die Nazis gerichteten Heldentaten bekannt ist, war ihre Organisation von Massendemonstrationen in Athen im Jahr 1943 gegen die Entsendung von griechischen Zwangsarbeitern nach Deutschland wahrscheinlich von noch größerer Bedeutung. Es wäre falsch, die Klassenaspekte in diesem Widerstandskampf zu unterschätzen.

<sup>20</sup> So hat D. Kazakis, ein unabhängiger Ökonom und früheres Mitglied der KKE, inzwischen seine eigene Partei mit unüberhörbaren nationalistischen Untertönen gegründet. Zuvor war er aufgrund seiner Befürwortung der Exit-Option immer wieder von linken Organisationen, die es hätten besser wissen müssen, eingeladen worden. Ein weiteres Beispiel ist die Gruppe Spitha (Funken), die sich rund um den berühmten Musiker Mikis Theodorakis herausgebildet hat. Theodorakis ist eine historische Figur der Linken, aber seine zunehmend patriotische Rhetorik, plus eine teilweise unappetitliche Gesellschaft, mit der er sich umgeben hat, führten dazu, dass zuletzt die nationalistischen Töne dominierten. Beide Initiativen verloren vor den Wahlen 2012 an Bedeutung.

<sup>21</sup> Kouvelakis, Stathis (2011): The Greek Cauldron, in: New Left Review, Nr. 72, S. 31.

Und doch legen das Scheitern der «Alternative Economic Strategy» in Großbritannien und des «Gemeinsamen Programms der Linken» in Frankreich, genauso wie die Probleme von PASOK in den 1980er Jahren nahe, dass solche supranationalen Lösungen entscheidend für die Durchsetzungsfähigkeit linker Strategien sind. Es ist kein Zufall, dass alle drei genannten Ansätze nicht zuletzt aufgrund von Finanzkrisen (1967, 1983 und 1985) Schiffbruch erlitten. Es ist bis heute ungeklärt, wie es einer Volkswirtschaft, zudem wenn sie so klein ist wie die griechische, überhaupt gelingen soll, es allein mit den Finanzmärkten aufzunehmen. Aber das gilt in gewisser Weise auch für eine Reihe von anderen Bereichen: Denken wir nur an multinationale Konzerne und ihre Fähigkeit, Staaten gegeneinander auszuspielen, wenn es um die Aushandlung der günstigsten Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen geht; oder denken wir an den zunehmenden Steuerwettbewerb und die Leichtigkeit, mit der es den Reichen und Mächtigen gelingt, Steuerzahlungen mithilfe von Steueroasen aus dem Weg zu gehen; oder denken wir an die massiven ökologischen Missstände und die unzureichende Durchsetzung von Regeln zum Umweltschutz auf nationaler Ebene.

Eine Zusammenarbeit auf der supranationalen Ebene ist ebenfalls und vielleicht genauso wichtig für das Anliegen, der Demokratie mehr Raum zu geben. Der Prozess der europäischen Integration privilegierte das Ökonomische gegenüber dem Politischen, was entscheidende Konsequenzen hatte, nicht nur für die Qualität der demokratischen Entscheidungsprozesse innerhalb der EU, sondern auch hinsichtlich dessen, wie die Menschen in Europa die EU-Institutionen wahrnehmen. Einflussreiche europäische Intellektuelle wie Jürgen Habermas haben in der Vergangenheit für die Schaffung von «öffentlichen Räumen» plädiert, um den Binnenmarkt und die Währungsunion zu begleiten bzw. ein Gegengewicht zu ihnen herzustellen. Habermas zeigte sich kritisch gegenüber allen Experimenten in Europa, die ohne eine Beteiligung der Bevölkerungen auf eine gemeinsame Verfassung abzielten, insbesondere gegenüber dem Vertrag von Lissabon. Danach hat er sich in gewisser Weise auf eine konservativere Position zurückgezogen,<sup>22</sup> vielleicht aus der Furcht heraus, dass unter den gegebenen Verhältnissen Massenmobilisierungen nur eine Rückkehr von nationalistischen und populistischen Strömungen befördern würden. Andere öffentliche Intellektuelle wie Étienne Balibar bestehen im Gegensatz dazu weiterhin darauf, dass sich der Kampf für die Demokratie und gegen den Nationalismus in Europa auf breite Teile der Bevölkerung stützen muss.<sup>23</sup> Will man die Aushöhlung der Demokratie aufhalten und umkehren, wird man nicht darum herumkommen, sich auf ein gemeinsames «europäisches Volk» zu beziehen. Die Strategie von SYRIZA, sich an die Arbeiterbewegungen sowohl im Süden als auch im Norden Europa zu richten, stellt in gewisser Weise den Versuch dar, wieder eine Verbindung zwischen der Linken und solch einem demokratischen Anspruch herzustellen.

Wollen wir mehr Raum für Demokratie und demokratische Kräfte schaffen, müssen wir Wege finden, mit geteilter Souveränität umzugehen. Es ist überhaupt nicht abzusehen, ob die Rückgabe einiger Funktionen an den Nationalstaat zu mehr Autonomie für demokratische und alternative Initiativen führen wird. Es ist auch nicht so, dass nach Ausbruch der Krise Volkswirtschaften mit einer eigenen Landeswährung in der Lage gewesen wären, dem Druck der Finanzmärkte wesentlich besser zu widerstehen. Großbritannien ist hierfür vielleicht ein paradigmatisches Beispiel: Obwohl das Land eine unabhängige Geldpolitik betreiben konnte, wurden auch hier umfassende Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt. Dass es angesichts der Macht der Ratingagenturen «keine Alternative» gibt, konnte man in London sicherlich genauso häufig hören wie zum Beispiel in Athen. Es ist schwer zu verstehen, warum die Linke, die in den dunklen Jahren des Neoliberalismus immer gegen das TINA-Prinzip («there is no alternative») ankämpfte, dieses nun selbst auf die EU anwenden sollte. Die europäischen Eliten waren in der Vergangenheit durchaus fähig und willens, die geltenden Regelungen immer dann zu brechen, wenn es ihnen in den Kram passte. So waren die Nichtbeistands-Klausel bzw. die «No-Bailout-Klausel» sowie das Verbot der monetären Staatsfinanzierung schnell vergessen, als sich die Krise in der Eurozone ausbreitete.<sup>24</sup> Unterm Strich kommt es also immer auf das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen an.

Daher sollte neben der Frage der Demokratisierung das zweite große Thema für die Linke und die Arbeiterbewegungen in Europa sein, wie es gelingen kann, über nationale Grenzen hinweg Bündnisse zu schmieden. Diejenigen, die sich gegen eine Exit-Strategie ausgesprochen haben, betonen diese zweite Herausforderung. Den Bruch, den SYRIZA mit ihrem Programm und einer Regierungsübernahme anvisiert, kann die Linke – so sind sich fast alle einig – nur dann überleben, wenn sie ein hohes Maß an internationaler Solidarität mobilisieren kann. Der Versuch von SYRIZA, das Schuldenproblem zu internationalisieren und eine neue Wirtschafts- und Finanzarchitektur für die Eurozone anzustreben, muss vor diesem Hintergrund

---

<sup>22</sup> Anderson, Perry (2012): After the Event, in: New Left Review, Nr. 73, S. 49–61.

<sup>23</sup> Balibar, Étienne (2012): What Democratic Europe? A Response to Jürgen Habermas', in: Social Europe Journal, 1.10.2012.

<sup>24</sup> Die Bailouts von Griechenland, Irland und Portugal sowie Draghis Versprechen direkter geldpolitischer Operationen bestätigen diese «Flexibilität».



betrachtet werden. Aber SYRIZA musste sich hierfür auf eine Gratwanderung einlassen. Einerseits musste sie das TINA-Argument zurückweisen, die Annahme, die EU sei nicht reformierbar. Andererseits musste sie sich gegen eine Pro-Europa-Strömung abgrenzen, die jede Form der weiteren Integration befürwortet, unabhängig vom Ziel dieser Integration und den Kräfte- und Machtverhältnissen, die dahinterstehen.<sup>25</sup> In diesem Sinne schlug sie sich auf die Seite von Balibar und lehnte die spätere Position von Habermas ab. Einigen im Exit-Lager gefällt es, ihren Ansatz in die Tradition des linken Internationalismus zu stellen. Deswegen wird auch immer mal wieder hervorgehoben, dass Griechenland das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette sei und dass ein radikaler Bruch Griechenlands mit der Eurozone anderswo zu einer Radikalisierung bestehender Initiativen beitragen könnte. Aber dass man eine Strategie, die zumindest im Anfangsstadium von einer Währungsabwertung abhängig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu steigern, als eine Übung im Internationalismus verkauft, ist nicht wirklich überzeugend. Darüber hinaus verschwindet hinter der Konzentration auf die nationale Wirtschaft der Aspekt, dass es eigentlich ein integraler Bestandteil jeglicher linker Strategie sein müsste, die Arbeiterbewegungen so zusammenzuführen und zu stärken, dass sie überall in der Lage sind, den Kampf gegen den Klassenfeind aufzunehmen.

## **DIE KAPITALISTISCHE HEGEMONIE ANGREIFEN**

Die Auseinandersetzung innerhalb der griechischen Linken hat also weitere Fragen aufgeworfen, die mit den Mitteln der Politik und dem Charakter des sozialistischen Projekts zu tun haben. So haben BerfürworterInnen der Exit-Strategie nach Ausbruch der Krise das meiste Gewicht auf den Aufbau einer politischen Plattform gelegt, womit sie das Ziel verfolgten, die griechische Bevölkerung zu radikalieren und auf die Umsetzung ihres Programms vorzubereiten. Dementsprechend kam es zu einer Vernachlässigung der Frage, wer die Träger und Subjekte der angestrebten Veränderungen seien sollen und wie die politische bzw. wirtschaftliche linke Alternative inhaltlich eigentlich aussehen soll. Man tat so, als ob der Weg zum Sozialismus – einschließlich der hierfür benötigten Wirtschaftsreformen – vorgezeichnet sei und die Linke nur das geeignete politische Klima schaffen müsse, um eine allgemein akzeptierte Formel reaktivieren zu können. Bei denjenigen, die sich noch an die Erfahrungen mit der «Alternative Economic Strategy» in Großbritannien erinnern können oder an das «Gemeinsame Programm der Linken» in Frankreich, mag dies für gewisse Irritationen gesorgt haben – fragt man sich doch, wie es sein kann, dass in all der Zeit, die seitdem vergangen ist, sich rein gar nichts geändert haben soll an linken Vorstellungen von einem anderen Wirtschaftssystem.

Der «Linksruck» innerhalb der Partei Synaspismos zu Beginn der 2000er Jahre, der ausschlaggebend war für den erstaunlichen Aufschwung von SYRIZA nach Beginn der Krise, war durch eine intensive Auseinandersetzung mit dem rechten Flügel über dessen Etatismus und Fokussierung auf die Regierungsmacht zustande gekommen. Im Wesentlichen kritisierte der linke Flügel, dass die Rechten innerhalb der Partei zu viel Zeit und Mühe darauf verwendet hätten, ein angemessenes Parteiprogramm auszuarbeiten, um mit diesem Wahlen zu gewinnen und regieren zu können, sei es aus eigener Kraft oder mithilfe von fortschrittlichen Koalitionspartnern. Der Preis eines solchen Ansatzes war die Vernachlässigung der sozialen Bewegungen. Denn sie sind es, die letztendlich eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links herbeiführen können, zum anderen gilt es von ihnen zu lernen, was die Inhalte und den Charakter der gesellschaftlichen Alternative angeht.

Kurzum: Linke Strategien müssen auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegungen, der feministischen und der antirassistischen Bewegungen zurückgreifen, aber auch auf die von eher jüngeren Initiativen, die sich zum Beispiel gegen die Kommodifizierung von sozialen Diensten und öffentlichen Gütern zur Wehr setzen. So wäre die Auswertung der Erfahrungen der Alter-Globalisierungsbewegung, die in den dunklen Jahren der neoliberalen Hegemonie so beharrlich für eine andere Welt kämpfte, doch ein großartiger Ausgangspunkt für eine Art Workshop für alle Linken, die heute Orientierung dahingehend suchen, wie alternative ökonomische und politische Strategien aussehen und funktionieren könnten. Zu diesen vielfältigen Erfahrungen und Experimenten aus aller Welt, die realistischerweise die Basis bilden könnten für einen neuen sozialistischen Ansatz, zählen verschiedene Strömungen des Graswurzelaktivismus, der Selbstorganisation und Selbstverwaltung, Projekte der sozialen Ökonomie, Sozialaudits oder Bausteine für einen «fairen Handel» oder ein «ethisches Finanzwesen». Man muss diese nicht unbedingt als Ersatz oder Alternativen etwa zu demokratischen Planungsansätzen oder einer Industriepolitik behandeln, aber zumindest als unverzichtbare Ergänzungen.

Die meisten dieser Innovationen haben mindestens zwei Gemeinsamkeiten: So sind soziale und

---

<sup>25</sup> In Griechenland wurde diese Position im Wesentlichen von der Demokratischen Linken vertreten, die im Sommer 2012 die Sparregierung von Antonis Samaras unterstützte.

gesellschaftliche Bedürfnisse ein wesentlicher Ausgangspunkt,<sup>26</sup> und die Träger der Veränderung spielen eine aktive Rolle in der Adressierung dieser Bedürfnisse.<sup>27</sup> Mit diesen beiden Punkten wird nicht nur die Regierungsfixiertheit der griechischen Linken herausgefordert, sondern auch eine langjährige Tradition des Etatismus und Ökonomismus. Selbstverständlich ist der Staat ein unverzichtbares Instrument, das für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung benötigt wird. Die Gefahr besteht jedoch darin, vom Staat zu erwarten, er allein könne die Mittel zur Herbeiführung gesellschaftlicher Veränderungen bereitstellen. Dabei wird allzu oft vernachlässigt, dass wir nicht umhinkommen werden, den Staat selbst durch die Einführung neuer Formen der verstärkten gesellschaftlichen Kontrolle zu transformieren. Ähnlich gefährlich ist es, sich vor allem auf die Erhöhung der Produktivkraft der nationalen Wirtschaft zu konzentrieren und Überlegungen zur Transformation der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse hintenan zu stellen.

Aus der Sicht von SYRIZA werden diese beiden Gefahren von den BefürworterInnen der Exit-Strategie nicht ernst genug genommen. Insbesondere mit ihrem Fokus auf das Instrument der Währungsabwertung zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft haben sie gezielt die Chance vertan, eines der zentralen ideologischen Elemente des Neoliberalismus anzugreifen. Ganz oben auf der Agenda einer linken Alternative müsste doch wohl die Befreiung aus dem Würgegriff des «Wettbewerbsprinzips» stehen. Hinzu kommen noch weitere Herausforderungen für die Linke: Sie muss nicht nur die neoliberalen Auswüchse kritisieren, sondern grundlegend die herrschenden kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsmuster infrage stellen; sie muss auf eine neue und intelligente Weise die alte marxistische Frage angehen, wer eigentlich was, für wen und unter welchen Bedingungen produziert; sie muss die neuen Technologien zum Thema machen und nach Lösungen suchen, wie sie nicht länger der Ausweitung der kapitalistischen Kontrolle von Produktions- und Distributionsprozessen dienen, sondern stärker zum Vorteil der Menschen genutzt werden können; sie muss stärker ökologische Fragen wie Möglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung aufgreifen und sich mit feministischen Forderungen auseinandersetzen, die Sorge- und Pflegearbeit in unseren Gesellschaften anders zu organisieren.

In Griechenland sind insbesondere nach 2011 im Zuge des gesellschaftlichen Widerstands gegen die Austeritätspolitik zahlreiche Initiativen entstanden, die unmittelbare Solidarität praktizieren und versucht haben, parallele soziale Ökonomien aufzubauen. Hierzu gehören Sozialkliniken und -apotheken sowie solidarische Lebensmittelläden, die sogenannte Kartoffelbewegung (Bewegung zur Ausschaltung von Zwischenhändlern beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte) sowie verschiedene Genossenschafts- und alternative Kooperationsmodelle. Man könnte den Standpunkt vertreten, dass diese Experimente eher zögerlicher und sporadischer Natur sind und ihnen bislang die kritische Masse fehlt, die notwendig ist, um alternative Konsum- und Produktionsformen in der Gesellschaft durchsetzen zu können, und dass sie noch nicht einmal ansatzweise dazu in der Lage sind, das System ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Es wäre jedoch ein Fehler, sie lediglich als Nischenprojekte und Ausdruck von Solidarität abzutun, die kaum Bedeutung für das größere Projekt, den Aufbau einer funktionstüchtigen sozialistischen Ökonomie, haben.

Wenn wir die kapitalistische Hegemonie durchbrechen wollen, müssen wir Wege finden, der Entwertung der Politik durch den Neoliberalismus entgegenzutreten, und die Menschen überzeugen, dass es trotz allem möglich ist, die Verhältnisse zu ändern. Programmatische Interventionen und Debatten sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg dorthin. Ist die Linke jedoch darauf aus, die Hegemonie in unseren Gesellschaften tatsächlich zurückzuerobern, muss sie beweisen, dass sie nicht nur verbal für andere Dinge als die herrschenden Eliten eintritt, sondern auch anders handelt. Am Ende läuft daher alles auf die Frage hinaus, wer die Subjekte und Träger des gesellschaftlichen Wandels sein werden. Wir täten gut daran, die verschiedenen Solidaritätsinitiativen und Aktivitäten zum Aufbau einer sozialen Ökonomie als Praxen und Handlungsansätze zu begreifen, in denen ein erhebliches Potenzial an Radikalität steckt. Zum einen sind sie eine unmittelbare Reaktion auf die unbefriedigten Bedürfnisse derjenigen, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen und die am stärksten unter den neoliberalen Krisenbewältigungsstrategien zu leiden haben. Zum anderen kreieren sie «Strukturen der Transformation»,<sup>28</sup> die es den Menschen ermöglichen, den Wert von Solidarität in der Praxis kennenzulernen und die Erfahrung zu machen, dass man mit Politik in einem weit gefassten Sinne tatsächlich etwas bewegen kann. Sicherlich gibt es viele Gründe, warum Menschen ihre Haltung ändern, diese haben hauptsächlich mit ihren materiellen Umständen und der Reflexion ideologischer Positionen zu tun. Aber praktisches Handeln, das im unmittelbaren Gegensatz zu dominanten kapitalistischen Normen und Vorgaben steht, kann eine große Ausstrahlung und Wirkkraft entfalten. Daher sollte die Linke wirklich ernsthafter als bisher über die Rolle alternativer Praxen nachdenken.

---

<sup>26</sup> Vgl. hierzu Lebowitz, Michael A. (2003): *Beyond 'Capital': Marx's Political Economy of the Working Class*, Houndsmill/New York.

<sup>27</sup> Vgl. Laskos, Christos/Tsakalotos, Euclid (2012): *22 Things they tell you about the Greek crisis that aren't so*, Athen.

<sup>28</sup> Suchting, Wallis Arthur (1983): *Marx: An Introduction*, Brighton.

Das Ziel wäre, dass solch eine Konzeption nicht nur im Herzen der produktiven Ökonomie zu einer Neubewertung von kooperativen und auf Selbstverwaltung basierenden Ansätzen führt, sondern auch in Bezug auf die staatlichen Strukturen und Institutionen. Die Wichtigkeit hiervon ist kaum zu überschätzen. Selbst in fortschrittlichen Teilen der griechischen Gesellschaft gibt es eine weitverbreitete Skepsis gegenüber dem Staat und der Möglichkeit, ihn als ein Mittel für positive Veränderungen zu nutzen. Dies ist nicht nur Resultat der langjährigen Hegemonie des Neoliberalismus, sondern auch auf die Realitäten, das heißt die konkrete Funktionsweise des griechischen Staates, zurückzuführen. Es handelt sich um ein hierarchisches, klientelistisches und autoritäres System, das der griechischen Kapitalistenklasse und ihren Verbündeten gut gedient hat. Wie solch ein Staat angefochten, wie er demokratisiert und für soziale Anliegen sensibilisiert werden kann und wie man ihn mit Formen der direkten Demokratie verknüpfen kann – das sind einige der vordringlichsten Fragen, mit denen sich die griechische Linke beschäftigen muss.

## FAZIT

SYRIZA hat nie die Losung ausgegeben, dass Fortschritte auf dem Weg hin zum Sozialismus oder auch nur ein linker Ausweg aus der Krise so lange warten müssen, bis all diese schwierigen Debatten geführt und entsprechende Lösungen für die aufgeworfenen Fragen gefunden worden sind. SYRIZA hat auch nie behauptet, wie oftmals böswillig kolportiert wird, dass man mit radikalen Veränderungen in Griechenland so lange warten müsse, bis die politische Linke in ganz Europa aufgewacht und auf demselben Stand ist. Im Gegenteil: Wie wir an anderer Stelle gezeigt haben, hat sich SYRIZA aktiv an fast allen Widerstandsaktionen gegen den Austeritätskurs der griechischen Regierung beteiligt. Ihr ist vollkommen klar, dass der Nationalstaat weiterhin das primäre Terrain solchen Widerstands ist. Aber zugleich war es ihr wichtig, die traditionelle Politik und Positionen der Linken herauszufordern und klarzustellen, dass ein Programm der Linken nie wirklich unabhängig von der Bewegung (prä-)existieren kann – wobei es egal ist, ob man die Bewegung für eine andere Gesellschaft als einen langen Prozess evolutionärer Veränderungen im Kapitalismus begreift oder eher als eine Phase der Zuspitzung und des deutlichen Bruchs mit dem Kapitalismus oder als etwas, das irgendwo dazwischen liegt (mittelfristige «Brüche» auf dem Weg hin zum Sozialismus, wie es die linken Eurokommunisten zu formulieren pflegten).

Der kompetente Aufstieg von SYRIZA im Jahr 2012 scheint die Positionen, die sie in den drei hier angerissenen Debatten eingenommen hat, in gewisser Weise zu rechtfertigen, obwohl hier sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die große Zustimmung, die SYRIZA erhalten hat, basiert aber auch auf ihrem beherzten Engagement für eine Einheit der Linken, weil sie sich bewusst ist, dass man sich nur gemeinsam erfolgreich gegen die Angriffe der Sparregierungen wehren kann. Ihr Appell an die KKE und an ANTARSYA, eine gemeinsame Front zu bilden, um die Kürzungsmaßnahmen zu verhindern, stieß auf große Resonanz. Sie vertrat die Position, dass sich die Linke zusammenschließen und weiterhin offen über strittige Punkte diskutieren könne bzw. dass eine Lösung dieser Dispute keine notwendige Voraussetzung sei, um zusammenzuarbeiten. Das hat mehr als alles andere einen Stimmungsumschwung zugunsten von SYRIZA herbeigeführt, obwohl oder gerade weil ihr Appell an die anderen linken Parteien bislang ins Leere lief.

Die Erkenntnis von SYRIZA, Teil von etwas Größerem zu sein, hat wahrscheinlich auch zu ihrem gestiegenen Ansehen beigetragen. Die griechische Linke begreift immer mehr, dass sie gemeinsam vor gewaltigen Bedrohungen steht und dass es von gemeinsamem Interesse ist, einen progressiven Ausweg aus der Krise zu finden und insbesondere das Umsichgreifen eines noch aggressiveren Modells des Neoliberalismus zu verhindern. Das schiere Ausmaß der Krise in Griechenland hat nicht nur einen überaus beeindruckenden Widerstand gegen die autoritären Bestrebungen zur Bewältigung der Krise hervorgebracht, sondern auch noch eine nachhaltige Debatte in Gang gesetzt, in der es darum geht, neue Wege zu beschreiten. Aber die Gesamtbedeutung beider Entwicklungen wird sicherlich am Ende davon abhängen, ob und wie es gelingt, den Widerstand und die in Griechenland diskutierten linken Alternativen in Verbindung zu setzen mit Entwicklungen und Bewegungen jenseits der griechischen Küsten.

EUCLID TSAKALOTOS IST PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN AN DER UNIVERSITÄT ATHEN UND MITGLIED DES POLITISCHEN SEKRETARIATS VON SYRIZA, DER PARTEI DER RADIKALEN LINKEN IN GRIECHENLAND. CHRISTOS LASKOS IST ÖKONOM.

AUS DEM ENGLISCHEN VON BRITTA GRELL